

Beschlussbuch

Seite 02	Leitantrag zum energiepolitischen Parteitag der SPD München: Energiepolitik in München, Bayern und Europa Sozial, Nachhaltig, Sicher
Seite 13	Luftverschmutzung Stadtwerke
Seite 14	Schutz dezentraler öffentlicher sowie konzerneigener, mittelständischer und privater regenerativer Energieerzeuger vor Preisdumping und Wettbewerbsverzerrung
Seite 15	Enerwag
Seite 17	Die Münchner energiepolitische Wende forcieren
Seite 18	Änderung der Wohnraumzweckentfremdungssatzung
Seite 19	Gleiche strukturelle Voraussetzungen für Frauen und Männer in allen Arbeitsbereichen – Kritische Selbstüberprüfung der Landeshauptstadt und ihrer Tochtergesellschaften entwickeln
Seite 21	Reduzierung des innerparteilichen Papierverbrauchs und Modifizierung des Antragsverfahrens
Seite 22	Erhalt von Wohnungen der Eisenbahnbaugenossenschaften
Seite 23	Informationsmaterial zur dritten Startbahn



Die München-Partei.

Adressat(en): siehe Seite 12

Leitantrag zum energiepolitischen Parteitag der SPD München
Energiepolitik in München, Bayern und Europa
Sozial, Nachhaltig, Sicher

Grundsätze einer sozialdemokratischen Energiepolitik

Energie ist die Voraussetzung für das Funktionieren unserer Volkswirtschaften und für die Funktionsfähigkeit unserer modernen Gesellschaft überhaupt. Die effiziente, nachhaltige und bezahlbare Sicherstellung der Energieversorgung ist deshalb eine der größten Herausforderungen der Zukunft an die Politik und die Gesellschaft.

Dies gilt auf lokaler und globaler Ebene gleichermaßen. Dabei sind die begrenzten Ressourcen ebenso zu beachten wie der Klimaschutz, die Bezahlbarkeit und die gleichberechtigte Versorgung aller Menschen, Länder und Regionen. Wir betrachten den Zugang zu Energie als ein Grundrecht für alle Menschen.

Eine nachhaltige Energiepolitik setzt auf gefahrlose, regenerative und dauerhafte Energiegewinnung. Sie hat das Ziel auf die Ausbeutung endlicher, fossiler Rohstoffe wie Öl und Kohle zu verzichten. Sie vermeidet unkalkulierbare Risiken und verzichtet deshalb auch auf den Atomstrom.

Die Sozialdemokratie steht zu ihrer Verantwortung für eine nachhaltigen Energiepolitik zu kämpfen. Wir werden verhindern, dass künftige Generationen belastet werden oder ihnen gar die Lebensgrundlagen entzogen werden. Wir werden vielmehr dafür sorgen, dass durch Investitionen in die Energiewende heute die natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die Basis für Kosteneinsparungen von morgen geschaffen werden. So entlasten wir künftige Generationen!

Wir werden eine intelligente Energiepolitik umsetzen, die Energiesparen belohnt, Energieeffizienz fördert und Energieverschwendung sanktioniert. Dabei muss sicher gestellt werden, dass es sich jede und jeder leisten kann Energie zu sparen. Die Energiepolitik darf nicht zu mehr Ungerechtigkeit führen, sondern muss ein Baustein in einem Weg zu mehr Gerechtigkeit sein.

Wir wollen eine sozial gerechte Energiepolitik, die weder reiche Länder noch reiche Menschen gegenüber ärmeren bevorzugt, sondern allen Nationen und Bevölkerungsschichten den gleichberechtigten Zugang zu Energie ermöglicht. Alle Menschen sollen sich Energiedienstleistungen dauerhaft leisten können. Derzeit bedrohen steigende Energiepreise viele private Haushalte aber auch produzierendes Gewerbe und Handwerk.

Wir wollen eine demokratisch kontrollierte, dezentrale und bürgernahe Energiepolitik gestalten, die dezentrale und kommunale Versorgungsstrukturen unterstützt und die preistreibende Vormachtstellung von Großkonzernen begrenzt. Ziel ist es, Kommunen und Regionen energieselbständig zu machen und ihnen transparenten Gestaltungsspielraum bei Entscheidungen der örtlichen Energieversorgung zu geben. Um diesen Anspruch zu verwirklichen, werden wir eine koordinierte, solidarische energiepolitische Strategie international, zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und innerhalb Deutschlands in Bayern und München vorantreiben.

In diesem Zusammenhang ist auch die erfreuliche Tatsache zu sehen, dass in Bayern heute bereits über 200.000 Solar-, Wind- und Biogasanlagenanlagen arbeiten. Damit sind auch in Genossenschaften und Gesellschaften ca. eine Million Menschen in Bayern an der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien beteiligt. Wir begrüßen diese Entwicklung, die durch die SPD-geführte Bundesregierung angestoßen wurde.

Die Beteiligung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ist dabei selbstverständlich. Dazu sind regionale Kompetenzrunden einzurichten. Für Bayern werden wir ein Energieministerium einfordern, um einerseits die Energiewende konsequent voranzutreiben und andererseits die Kompetenzstreitigkeiten in der bayerischen Energiepolitik zu beenden. Ein bayerisches Energieministerium wird mit der konkreten Umsetzung der Energiewende beauftragt und zwar in enger Abstimmung mit den Kommunen auf Augenhöhe. Ziel ist es dabei, die Energiewende nicht alleine den Kräften des Marktes und des Wettbewerbs zu überlassen. Vielmehr ist eine gleichberechtigte demokratische Steuerung durch Staat und Kommunen notwendig.

Während die konservativen Parteien bis zum Reaktorunglück in Fukushima einseitig auf die Atomkraft als Energieträger der Zukunft gesetzt und damit viele Jahrzehnte technologischen Fortschritts im Bereich alternativer Energiegewinnung verschenkt haben, kämpft die Sozialdemokratie seit über 30 Jahren für eine grundlegende Energiewende in Deutschland und Europa. Eine Energiewende, die auf einem Dreiklang aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien beruht.

Es war die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die ab 1998 den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz massiv gefördert und später einen Energiekonsens über den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt hat. CDU/CSU und FDP haben den Energiekonsens nach der Bundestagswahl wieder aufgekündigt und somit erneut die Entwicklung einer sicheren, sozialen, ökologischen und demokratischen Energiepolitik verschleppt und verhindert. Die CDU/CSU und FDP setzen weiterhin auf eine zentrale Stellung der Energiegroßkonzerne. Diese Politik lehnen wir ab.

In Bayern ist die Energiewende bislang nicht über die Konzeptphase hinausgekommen. Ein differenzierter Projektplan und konkrete Umsetzungsschritte fehlen. Die schwarz-gelbe „Energiewende“ kommt wegen des ständigen Streits über die Ausrichtung der Energiepolitik nicht voran.

Eine zügige und konsequente Umsetzung der Energiewende ist ein wichtiges Zukunfts- und Beschäftigungsförderungsprogramm sowohl für München, als auch für Bayern und Deutschland. Eine nachhaltige Energiepolitik fördert die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze.

Unser Ziel ist es, einerseits den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren und andererseits die Vollversorgung unseres Landes mit erneuerbaren Energien zeitnah zu erreichen. Deutschland soll die energie- und rohstoffeffizienteste Volkswirtschaft der Welt werden und treibende Kraft für eine echte Energiewende in ganz Europa. Wir werden dafür sorgen, dass dabei München seine Vorbildfunktion noch weiter ausbaut.

Der intensive Einsatz von Wissenschaft und Forschung im Energiebereich muss sich auf alle genannten Teilbereiche (Energieeinsparung, Effizienz, regenerative Erzeugung,

Dezentralität und Innovationsverbreitung) richten und darf sich nicht auf die Probleme der bereits entwickelten Länder beschränken. Dabei ist eine enge Vernetzung von Wissensproduktion mit Wissensanwendung notwendig. Forschung und Wissenschaft in öffentlicher Hand ermöglicht hierbei demokratische Kontrolle der Zielsetzungen bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Freiheit und der Möglichkeit zu Grundlagenforschung. Ein wesentlicher Zweig ist dabei die Evaluation energiepolitischer Maßnahmen, um nachsteuern zu können, wenn die erhofften Ziele nicht erreicht werden. Durch den Schwerpunkt Forschung und Wissenschaft für die Energiewende kann München als Forschungs- und Wissenschaftsstandort gestärkt werden. Die Energiepolitik wird verbessert und nachhaltig in der Gesellschaft verankert.

Die Münchner SPD begrüßt die Grundsätze und Forderungen des energiepolitischen Arbeitspapiers der Bundes-SPD „Die Energiewende in Deutschland: bürgernah, wirtschaftlich erfolgreich, sozial gerecht und ökologische verantwortlich“, wie am 30.5.2011 veröffentlicht. Viele der skizzierten energiepolitischen Ziele und Maßnahmen werden in der sozialdemokratisch geführten Stadt München bereits seit Jahren erfolgreich verfolgt und umgesetzt.

So investieren die Stadtwerke München, die zu hundert Prozent in städtischer Hand sind, konsequent in den Ausbau erneuerbarer Energien und energieeffizienter Technologien. 140.000 Münchner Haushalte werden heute mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Möglichst bald, spätestens aber bis 2015, soll der gesamte Strombedarf der privaten Haushalte in München, bis zum Jahr 2025 sogar der gesamte Münchner Strombedarf rechnerisch aus ökologischer Energiegewinnung der Stadtwerke gedeckt werden.

Die Grundsatzentscheidung der Münchner SPD, die Stadtwerke nicht zu verkaufen, sondern in öffentlicher Hand zu belassen, war und ist der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer intelligenten, nachhaltigen, demokratischen und unabhängigen Energiepolitik. Die sozialdemokratische Münchner Energiepolitik der SPD-geführten Stadtratsmehrheit ist schon heute vorbildlich in ganz Europa und das wird auch so bleiben.

Eine erfolgreiche Energiepolitik ist langfristig angelegt. Tagesaktuelle Krisen und politische Konstellationen führen oft dazu, eine auf Jahre und Jahrzehnte angelegte systematische Ausrichtung der Energiepolitik kurzfristigen Zielsetzungen zu opfern.

Um eine kontinuierliche, an den zentralen Problempunkten ansetzende Energiepolitik aus einem Guss sicherzustellen, stellt die SPD München folgende drei Kriterien als Orientierungsrahmen für alle Entscheidungen in der Energiepolitik auf:

- **Primat einer nachhaltigen Energiepolitik**

Wir wollen eine Energiepolitik, die die Lebensqualität und den Energiebedarf künftiger Generationen nicht beeinträchtigt. Für den nachhaltigen Umgang mit Energie gilt der Dreiklang Einsparung, Effizienzsteigerung und Einsatz von erneuerbaren Energien. Energieeinsparung lässt die negativen Folgen jeglicher Energieproduktion gar nicht erst entstehen. Die Steigerung der Energieeffizienz mit Hilfe technologischer Erneuerung spart Energie. Schließlich versetzt uns der zunehmende Einsatz von erneuerbaren Energien in die Lage, die Gefährdungspotentiale der existierenden atomaren und fossilen Energieversorgungssysteme nachhaltig abzubauen.

Wir werden deshalb die Stadtverwaltung und die Stadtwerke München beauftragen, die Modelle der Stromeinsparung in allen Bereichen, die effiziente Nutzung der Energie und die Gewinnung regenerativer Energie konsequent weiter zu verfolgen.

- **Versorgungssicherheit gewährleisten**

Jede Privatperson, jeder Haushalt, jeder Betrieb und jedes Unternehmen, aber auch die öffentliche Hand muss sich darauf verlassen können, dass immer und jederzeit die Energie bereit gestellt wird, die für den sparsamen Verbrauch und die effiziente Produktion benötigt wird. Die Versorgungssicherheit ist ein hohes Gut, das auf lokaler und globaler Ebene dauerhaft garantiert werden muss. Dabei hat Dezentralität überall dort Vorrang, wo dies möglich ist. Bei Einrichtungen dezentraler, regionaler und regenerativer Stromgewinnung auch zur Sicherstellung der Versorgung in München und Bayern werben die Stadtwerke München aktiv um Kooperation mit den Gemeinden in der Region, um dezentrale Energieversorgungsstrukturen zu forcieren. Wir werden deshalb die Stadtwerke beauftragen, in der gesamten Energiepolitik der Versorgungssicherheit weiterhin höchste Priorität einzuräumen.

Versorgungssicherheit bedeutet Daseinsvorsorge im ursprünglichen Sinne. Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Gemeinwesens und gehört damit in den Bereich der demokratisch legitimierten Kontrolle durch die Stadtgesellschaft. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger sollen auch langfristig eigenständig und unabhängig von Großkonzernen über die Ausrichtung und Zielsetzung ihres Versorgungsunternehmens entscheiden können. Bei dieser Politik werden wir bleiben. Die Münchner SPD steht zum Kompetenzzentrum Stadtwerke München, eine Privatisierung lehnen wir ab.

Die Sicherheit und Funktionstüchtigkeit der technischen Anlagen des Verteilnetzes für Energie und Wärme und der Erzeugungsanlagen ist eine Grundvoraussetzung für Versorgungssicherheit. Die SWM werden deshalb aufgefordert, weiterhin die technische Versorgungssicherheit in München zu gewährleisten und transparent nachzuweisen. Dies bezieht sich auf den technischen Zustand aller Anlagen, die so gewartet, in Stand gehalten und betrieben werden, dass das Risiko von Versorgungsausfällen minimiert wird.

Im Zeitalter der regenerativen Energieversorgung sind grundsätzlich alle Möglichkeiten der ökologischen und nachhaltigen Energiegewinnung zu nutzen. Dabei sind die technischen und wirtschaftlichen Risiken so zu verteilen, dass Versorgungssicherheit auch dann gewährleistet ist, wenn bei den verschiedenen Möglichkeiten der ökologischen Energiegewinnung Probleme auftreten.

Die Sicherheit der Versorgung der Landeshauptstadt München mit technisch und wirtschaftlich kalkulierbaren Energieformen kann nur dadurch gewährleistet werden, dass die Stadtwerke an allen wichtigen Stufen der Wertschöpfung beteiligt sind. Dies gilt insbesondere für die Energieerzeugung bzw. die Energiegewinnung, die Speicherung, die Verteilung und den Vertrieb. In diesem Sinne ist eine zielgerichtete Energiepolitik für München nur dann möglich, wenn Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gewährleistet werden. Die SPD München wird deshalb dafür sorgen, dass die SWM auch weiterhin auf allen Gebieten der Energieversorgung unabhängig bleiben. So lehnen wir etwa eine Beteiligung von anderen Energieunternehmen an den Stadtwerken München ab.

- **Energiepreise sozial gestalten**

Energie, auch ökologisch erzeugte Energie, muss für alle bezahlbar bleiben. Diesen sozialdemokratischen Grundsatz werden wir mit aller Kraft umsetzen. Wir wollen deshalb die Energieversorgung bürgernah und demokratisch organisiert wissen. Es darf nicht zur Einkommensfrage in Deutschland werden, wer sich in Zukunft noch wie viel Wärme, Strom oder Mobilität leisten kann. Die Lasten der Energiewende müssen nach dem sozialdemokratischen Prinzip der Gerechtigkeit verteilt werden und sie müssen zumutbar sein.

Voraussetzung für den gerechten Zugang aller Menschen zur Energie sind bezahlbare Energiepreise. Die mit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 verbundene Intention, durch die Schaffung von Wettbewerb eine deutliche Senkung der Energiepreise zu erreichen, hat sich zunächst allerdings nur für wenige Großkunden erfüllt. Heute wird der deutsche Energiemarkt von den „großen Vier“ RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall dominiert unter Beteiligung von etwa 700 regionalen Anbietern. Es ist davon auszugehen, dass die Öl-, Gas- und Kohlepreise wegen der Verknappung dieser Rohstoffe, steigender Produktionskosten und Kartellbildung tendenziell immer weiter steigen werden.

Dabei müssen wir alle davon ausgehen, dass fossile Energieträger sich in Zukunft weiter verteuern. Auch deswegen setzen wir auf erneuerbare Energien. Damit verbunden ist ein teilweise dramatischer Anstieg der Wohnnebenkosten. Die Folge ist, gerade für Personen mit einem kleinen Geldbeutel, dass die Bezahlung der Wohnnebenkosten zunehmend zu einem Problem wird. Das wirkt sich direkt auf die soziale Lage vieler Bürger und Bürgerinnen aus. Das heißt, in der aktuellen Situation werden einkommensschwache Verbraucher doppelt belastet. Sie müssen zur Deckung ihrer Energiekosten einen hohen Anteil ihrer Gesamteinnahmen heranziehen. Daneben sind sie strukturell benachteiligt: sie verfügen häufig über nicht sanierten bzw. schlecht isolierten Wohnraum und haben weniger Möglichkeiten, Geräte mit hohem Energieverbrauch durch effizientere zu ersetzen. Folglich sind diese Verbraucher in der Fähigkeit die Energiekosten zu reduzieren sehr eingeschränkt. Darüber hinaus wird die Bezahlung der steigenden Energiepreise immer mehr zu einem allgemeinen Problem für Familien, auch der Familien mit Durchschnittseinkommen. Diesem Trend wollen wir konsequent entgegenwirken.

Die Münchner SPD wird deshalb durch entsprechende Aufträge an die Stadtverwaltung dafür sorgen, dass die energetische Sanierung von Wohnungen weiter vorangetrieben wird und die Energieeffizienz von Haushaltsgeräten und Beleuchtung gesteigert wird. Die Zuschüsse für energetische Sanierung wollen wir so einsetzen, dass nicht nur die Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern auch alle Mieter und Mieterinnen davon profitieren. Im Übrigen wollen wir verhindern, dass die energetische Sanierung von Wohnungsbauten zu dauerhaften Mieterhöhungen führt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden umfassenden Energiesparplan für die nächsten 10 Jahre vorzulegen. In dem Energiesparplan sollen die Grundsätze der Gerechtigkeit, der Bezahlbarkeit und das Verursacherprinzip deutliches Gewicht erhalten.

Die Stadtwerke München erzeugen heute 4,9 Mrd. Kilowattstunden Strom in eigenen Erzeugungsanlagen, davon 755 Mio. kWh aus Erneuerbaren Energien und 4.158 Mio. kWh aus KWK-Anlagen. Unser Ziel ist es, den Ökostrom-Anteil bei der eigenen Erzeugung für die privaten Haushalte bis 2015 und bis 2025 auf 100% des in München

verbrauchten Stroms zu erhöhen und den Strompreis für die Verbraucher gerade dadurch langfristig bezahlbar zu halten. Unter diesen Rahmenbedingungen ist die Ausbauoffensive Erneuerbare Energien, die von der SPD-geführten Stadtratsmehrheit eingeleitet wurde, eine Investition in die Stabilität der Energiepreise und ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Diesen Weg werden wir dauerhaft weitergehen.

Vorbildfunktion München

Bezahlbare und planbare Energiekosten sind jedoch nicht nur für die Haushalte, sondern auch für die Münchner Wirtschaft von großer Bedeutung. Die Politik der Bundesregierung, immer wieder in völlig überraschenden Aktionen wenige energieintensive Großbetriebe beim Strompreis zu Lasten von Haushalten und der übrigen Wirtschaft zu entlasten, trifft insbesondere viele mittelständische Unternehmen hart und verhindert Planungssicherheit. Auch hier wollen wir klar gegensteuern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Abgabenbefreiung einiger VerbraucherInnen abzuschaffen und stattdessen nur eine branchenspezifische Subventionierung durchzuführen, wenn es aufgrund internationalen Wettbewerbs für gewisse Branchen existenziell nötig ist und die jeweiligen Betriebe mindestens DGB-Standards in puncto Bezahlung und Art der Beschäftigungsverhältnisse einhalten.

Die Landeshauptstadt München ist bereits heute Vorbild für eine effiziente, sozial verantwortete, nachhaltige und demokratische Energiepolitik in Bayern und Deutschland. Die Münchner SPD wird dafür sorgen, dass diese Vorbildfunktion weiter ausgebaut wird. Dazu dienen folgende Maßnahmen:

Energieeinsparung und Energieeffizienz ist ein Thema der Stadtgesellschaft

Die Nachhaltigkeit im Umgang mit Ressourcen und Energie ist nicht nur ein Thema der Energieerzeuger und der Politik/Verwaltung sondern auch ein Thema der Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese können den Energieverbrauch durch einen bewussten Umgang mit Energie beeinflussen.

Es ist notwendig durch die Organisation und Vernetzung von Bildungsangeboten die Kommunikation und Auseinandersetzung mit der Thematik zu befördern. Die Tätigkeit des Vereins Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BenE) München e.V. und der Münchner Volkshochschule sowie das Angebot des Bauzentrum Münchens sind hier beispielhaft und sollen entsprechend ausgeweitet werden. Kooperationen mit Münchner Bildungseinrichtungen sind wünschenswert und sollen gefördert werden. Energieeinsparung muss zu einem breiten gesellschaftlichen Ziel werden, das von der Bevölkerung mitgetragen und umgesetzt wird. Wir setzen dabei auch auf Transparenz und Aufklärung.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt entsprechende Kampagnen zu konzipieren und sie beispielsweise in Kooperation mit den SWM umzusetzen.

Die Beratungsangebote zu Energieeinsparmöglichkeiten der Stadtwerke, sowie die des Bauzentrum Münchens sollen ausgeweitet und offensiver beworben werden. Es soll ein möglichst vielfältiges Angebot für verschiedene Zielgruppen geschaffen werden.

Wir werden Modellversuche zur Steigerung der Transparenz beim Energieverbrauch in Auftrag geben mit dem Ziel, das Bewusstsein der Münchnerinnen und Münchner für die von ihnen verbrauchte Energie zu steigern. Hier vor allem auch in Bereichen mit verschiedenen Sozialstrukturen. Das Projekt der Stadtwerke „Energieberatung für

einkommensschwache Haushalte“ ist ein positives Beispiel hierfür und muss dauerhaft fortgeführt und intensiver beworben werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Modell zu prüfen, wie für Bezieher von Wohngeld, bei denen die Mietnebenkosten übernommen werden, ein finanzieller Anreiz (oder Gutscheinsystem) für energiesparsames und –effizientes Verhalten geschaffen werden kann.

München wird Meister der Energieeffizienz

Wir setzen auf die energieeffiziente und umweltschonende Technik der Kraft-Wärme-Koppelung. Seit 2002 wurden dafür 500 Mio. Euro investiert. Die SWM gewinnen bereits 70 Prozent des Stroms für München in modernen Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung. Im Bundesdurchschnitt liegt dieser Anteil bei lediglich 12 Prozent.

Durch die Nutzung der Abwärme aus Stromerzeugung als Fernwärme stehen alleine in München rund vier Milliarden Kilowattstunden umweltschonend erzeugter Heizenergie zur Verfügung. Im Vergleich wären dafür rund 450 Mio. Liter Heizöl erforderlich. So werden mit der kombinierten Nutzung von Strom und Fernwärme 1,1 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Das Fernwärmenetz selbst ist eines der wichtigsten Klimaschutzprojekte in München.

Wir werden die Stadtwerke München beauftragen, der Versorgung der Münchner Haushalte mit Fernwärme auch weiterhin Vorrang vor anderen Versorgungssystemen einzuräumen. Das Fernwärmesystem soll weiter ausgebaut werden.

Es muss jedoch geklärt werden, wie der zukünftige Heizwärmebedarf mit regenerativen Energien wie Geothermie gedeckt werden kann.

Für Gebiete in denen ein Fernwärmeanschluss nicht rentabel oder energetisch sinnvoll ist, muss eine Alternativstrategie entwickelt werden, um auch diese Gebiete mit Wärme aus regenerativen Energien zu versorgen. Abseits der hochverdichteten Siedlungsgebiete muss beispielsweise geprüft werden, ob die Wärmeversorgung mit oberflächennaher Geothermie ergänzt werden kann.

Das quantitativ größte Potenzial in der Energie-/CO₂ Einsparung liegt in der Verbesserung der Energieeffizienz von Wohngebäuden. Auf den Gebäudebereich entfallen rund 40% des deutschen Energieverbrauchs und ein wesentlicher Anteil der CO₂ Emissionen. Gleichzeitig sind die Potentiale zur Energie- und CO₂-Einsparung gewaltig. Drei Viertel des Altbaubestandes in Deutschland wurde noch vor der 1. Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet. Diese Gebäude sind oft gar nicht oder kaum energetisch saniert. In München gelten 53.000 Wohngebäude mit bis zu zwei Wohneinheiten (EFH, DH, RH) und 42.300 Wohngebäude mit drei und mehr Wohneinheiten gelten noch nicht als saniert. Dort muss die Energieeffizienz durch energetische Sanierungsmaßnahmen und moderne Heizanlagen erhöht werden. Das städtische Förderprogramm Energieeinsparung, FES, fördert dieses Ziel mit 14 Mio. € jährlich und wird deshalb unterstützt. Die im Wohnungspolitischen Programm „Wohnen in München V“ festgelegten energetischen Standards für das Bauen auf städtischen Grundstücken übertreffen die heutigen gesetzlichen Standards deutlich. Die SPD-Stadtratsfraktion wird beauftragt, die finanzielle Förderung von Energieeffizienz und Energieeinsparung in Neubau und Gebäudesanierung am Ziel der umfassenden Reduzierung des Heizwärmebedarfs auszurichten. Bei der

Kostenrechnung soll ein langfristig angelegtes, optimales Verhältnis im Ziel-Mittelaufwand verfolgt werden, das von weiterhin steigenden Energiepreisen ausgeht.

Ferner soll die Stadt in diesem Bereich Vorbildfunktion übernehmen, indem städtische Gebäude eine vorbildliche energetische Sanierung erfahren und aktive und passive Maßnahmen der intelligenten Gebäudetechnik Anwendung finden.

Die Stadtwerke werden angehalten ungenützte Potentiale der Energieeinsparung voll auszuschöpfen und ihre Gebäude und Anlagen dahingehend zu überprüfen (beispielsweise Beleuchtung in U-Bahnhöfen und Rolltreppen).

Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen weiterhin mit gutem Beispiel voran gehen und nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Sanierungen, hochwertige energetische Standards einhalten.

Außerdem setzen wir auf Transparenz. Die Gebäudedatenbank der Landeshauptstadt München soll so weiterentwickelt werden, dass zielgenaue Aussagen über den Wärmebedarf in München gemacht werden können. Mit Hilfe der weiterentwickelten Gebäudedatenbank sollen Aussagen über das vorhandene Potential zur energetischen Sanierung im Stadtgebiet getroffen und gebietsspezifische Einschätzungen des energetischen Zustandes des Gebäudebestandes getroffen werden können. Die Gebäudedatenbank kann auch im Rahmen der Open Data Initiative der Information von MieterInnen dienen. Weiterhin soll von der LHM in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken ein Energienutzungsplan für das Stadtgebiet erstellt werden.

Es soll weiterhin überprüft werden, inwieweit aufgrund des energetischen Sanierungsbedarfs im Gebäudebestand Sanierungsgebiete erlassen werden können oder die dafür nötigen Änderungen des Baugesetzbuches angestrebt werden. In Sanierungsgebieten sieht das Baurecht besondere Instrumentarien, wie das preislimitierte kommunale Vorkaufsrecht vor, die dazu genutzt werden können, die energetische Sanierung sozialverträglich durchzuführen und entstehende Aufwertungs- und Verdrängungstendenzen zu vermeiden.

Die Kosten der energetischen Gebäudesanierung können derzeit mit bis zu 11% jährlich dauerhaft auf die Mieten umgelegt werden und tragen mit dazu bei, dass Wohnen in München für viele BürgerInnen unbezahlbar wird.

Eine dauerhafte Umlage der Modernisierungskosten auf die Mieten lehnen wir ab und fordern die Beschränkung der Umlagemöglichkeiten der Kosten auf den Amortisationszeitraum und eine gemeinsame Kappungsgrenze von 20% für Mieterhöhungen und Modernisierungserhöhungen. Die notwendige energetische Sanierung darf nicht zu Lasten der MieterInnen gehen, sondern muss solidarisch finanziert werden.

Deshalb fordern wir den Erhalt und Ausbau der Förderung der energetischen Gebäudesanierung durch Bund und Länder. Gleichzeitig müssen die VermieterInnen gesetzlich verpflichtet werden, öffentliche Fördermittel tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt entsprechende Modelle zu entwickeln und vorzulegen. Zu prüfen ist dabei auch ein Bündnis für energetische Sanierung aus Stadtverwaltung, Mieterverein, Stadtparkasse, SWM und weiteren Beteiligten, das Ideen für München ausarbeitet. Dabei ist auch zu prüfen, ob über die SSKM intelligente

Förderdarlehen angeboten werden können, z.B. langlaufende Förderkredite mit Annuitäten, die etwa wie die Energiepreise steigen.

In der Innenstadt führen einige Wärmeinseln zu einem großen Energieverbrauch durch Kühlung. Vorrangig ist dem mit passiven Maßnahmen (Sonnenschutz, etc.) oder intelligenter Gebäudetechnik zu begegnen. Wo dies nicht ausreicht ist der Einsatz von umweltfreundlichen Fernkältemaßnahmen zu prüfen.

München als Vorreiter der regenerativen Energiewende

Die SWM werden verpflichtet, den eingeschlagenen Weg des Ausbaus der regenerativen Energien fortzusetzen mit der Zielsetzung, den gesamten Energiebedarf der LHM bis 2025 durch Ökostrom aus eigenen Anlagen rechnerisch decken zu können. Kurze Wege in der Energieversorgung sind immer vorteilhaft, deshalb wird München vorrangig alle nahen Potentiale nutzen. Darüber hinaus sind Investitionen über Bayern hinaus, z.B. Windkraftanlagen in der Nordsee, und im europäischen Bereich weiterhin notwendig und sinnvoll.

Auch die Energiegewinnung aus Windkraftanlagen werden wir ausbauen. Wir befürworten den Bau weiterer Windräder - wie beispielsweise im Münchner Norden auf dem Müllberg- und eine aktive Beteiligung der Stadtwerke München an Windkraftanlagen in Bayern und darüber hinaus. Eine enge Kooperation auf Augenhöhe mit den Umlandgemeinden und Kommunen in der Region ist für uns selbstverständlich.

Wir werden auch die Energiegewinnung durch Wasserkraft vorantreiben, hierbei sind gewässerökologische Belange zu berücksichtigen. Dazu gehört die Prüfung, ob die stillgelegten Wasserkraftwerke im Stadtgebiet reaktiviert werden können. Im Übrigen setzen wir bei der Wasserkraft auf einen maximalen Wirkungsgrad, eine Reduzierung der Energietransportentfernungen und die Schaffung von Speichermöglichkeiten. Die Stadtwerke München werden beauftragt, bis zum Jahr 2040 den Münchner Fernwärmebedarf aus erneuerbaren Quellen zu decken. Hierzu sind im Stadtgebiet Geothermiebohrungen mit Wärmespeisung in das SWM-Fernwärmenetz notwendig. Ergänzend soll geprüft werden, wie weit die verbleibende Versorgungslücke im Winter langfristig mit Biogas oder Windgas als Brennstoff der großen KWK-Anlagen der SWM gedeckt werden kann.

Der Einsatz von Wärmepumpen zur Nutzung der Energie von oberflächennahem Grundwasser ist insbesondere in Gebieten mit geringerer Siedlungsdichte und entsprechenden geologischen Verhältnissen eine wirtschaftliche Möglichkeit für Hausbesitzer, erneuerbare Energien zur Wärmeabgewinnung zu nutzen. Die entsprechende Beratung durch das Bauzentrum München soll verstärkt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau der Solarenergie. Wir wollen Solarenergie weiter fördern. Die Solarinitiative München, die Stadtverwaltung und die Stadtwerke werden beauftragt die städtischen Gebäude - hierbei insbesondere auch Schul- und Hallendächer - zur Energiegewinnung durch Solarkraft sehr viel stärker als bisher zu nutzen. Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind dazu angehalten, Solarkraft wo immer möglich, in hohem Maße zu nutzen. Hierbei sind auch innovative und kreative Ansätze, wie beispielsweise Solarfassaden, wünschenswert.

Die Nutzung von pflanzlichen Reststoffen in Biogasanlagen ist eine weitere gute Möglichkeit der regenerativen Energiegewinnung. Den Anbau von „Energiepflanzen“ lehnen wir ab, ebenso deren Import, sowie die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen. Die Verwendung von Agrosprit lehnen wir ab, wir fordern die Aufhebung der Beimischungsverordnung.

Die durch den starken Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion entstehenden Stromerzeugungsschwankungen erfordern Mechanismen um selbige auszugleichen. Vorrangig sollen deshalb Projekte zur Verbesserung der Last-Regelung entwickelt und getestet werden, um die nötige Erhöhung der Regelleistung aus Speicherkraftwerken möglichst gering zu halten. Auf der Erzeugerseite soll dies durch Verbesserungen im Bereich der Kraftwerksleistungsregelung geschehen.

Auf der Verbraucherseite soll die Regelung vor allem unter Einbeziehung von GroßverbraucherInnen optimiert werden. Ferner soll der Ausbau eines "intelligenten Stromnetzes" vorangetrieben werden. Die zusätzlich nötige Regelleistung soll durch den möglichst baldigen Ausbau aller Formen von Speicher bereitgestellt werden. Die Stadtwerke werden deshalb aufgefordert, diese Entwicklung unter anderem durch Pilotvorhaben im Megawatt-Maßstab voranzutreiben. In Frage kommen hierbei unter anderem der Ausbau bewährter Pumpspeicherwerke, die Optimierung von (adiabatischen) Druckluftspeichern, die großtechnische Erprobung der Windgasprojekte (die Umwandlung von überschüssigem Strom in nutzbares Gas), wie auch elektrochemische Ansätze, soweit diese Pilotprojekte ökonomisch und ökologisch sinnvoll sind.

Das Heizkraftwerk Nord war in den letzten Jahrzehnten, durch die gelungene Kombination von Stromproduktion mit KWK und fortschrittlicher Rauchgasreinigung, auch weltweit betrachtet, im Bereich der Energieversorgung vorbildlich. Der unter anderem durch den CO₂-Anstieg in der Atmosphäre anstehende Klimawandel lässt jedoch keine andere verantwortungsvolle Wahl, als den Block 2 des Kraftwerks, der Steinkohle verfeuert, bald möglichst vom Netz zu nehmen, durch nicht-fossile Anlage zu ersetzen und zu prüfen, wie und wann der Strom- und Wärmebedarf Münchens durch weitgehend CO₂-neutrale Quellen ersetzt werden kann. Die weiterhin bestehende Restmüllverbrennung im HKW Nord muss möglichst umweltverträglich gestaltet werden.

Wir bekennen uns zu den Zielen der SPD auf Bundesebene, die Stromerzeugung bis 2050 CO₂-frei, die Wärme-/Kälteproduktion für Gebäude und Industrie bis 2050 zumindest völlig klimaneutral zu realisieren.

Adressatinnen und Adressaten des Antrags:

SPD-Bundestagsfraktion

Die Münchner SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Beschränkung der Umlagemöglichkeit der Kosten für energetische Gebäudesanierung auf den Amortisationszeitraum, eine gemeinsame Kappungsgrenze für Mieterhöhungen und Modernisierungserhöhungen und eine Nutzungspflicht von öffentlichen Zuschüssen für die Vermieter einzusetzen.

SPD-Landtagsfraktion und BayernSPD

Die Münchner SPD fordert die Landtagsfraktion und die BayernSPD auf sich einzusetzen für und entsprechende Anträge zu stellen:

- die Einrichtung eines Energieministeriums für Bayern,
- die Umlagemöglichkeit der Kosten für energetische Gebäudesanierung auf die Mieter auf den Amortisationszeitraum zu beschränken.

SPD-Stadtratsfraktion

Die Münchner SPD fordert die Stadtratsfraktion auf, sich für die Umsetzung der formulierten Forderungen in Stadtverwaltung, Stadtwerken und bei der Solarinitiative einzusetzen und entsprechende Anträge zu stellen und Initiativen zu starten.

X Angenommen

O Abgelehnt

O Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Stadtratsfraktion

Luftverschmutzung Stadtwerke

Der Parteitag der Münchner SPD vom 28.4.2012 fordert den Stadtrat auf, sich bei den Stadtwerken München für eine Reduzierung von Luftschadstoffen einzusetzen, die durch längere Transportwege zu Zwischenlagern für den Aushub von Straßenaufgrabungen entstehen. Das viele hundert kilometerlange Leitungsnetz der SWM erfordert bei Neuverlegungen und Reparaturen ständig eine Vielzahl solcher Aufgrabungen. Die großen Mengen Aushub, die dabei anfallen, sollen möglichst nah am Entstehungsort zwischengelagert werden, um lange LKW Fahrten und damit Luftbelastungen durch CO₂, Feinstaub u.a. zu minimieren. Das ist wegen des völlig verplanten Straßenraums, z.B. für Parkplätze, oft nicht ohne Weiteres möglich. In solchen Fällen werden die Stadtwerke aufgefordert, mit den örtlichen Bezirksausschüssen sowie betroffenen Bürgerinnen und Bürgern kreativ nach der umweltverträglichsten Zwischenlagerung des Straßenaushubs zu suchen. Als Ausgleich für Zugeständnisse für vorübergehende Schlechterstellungen könnten z.B. MVV Tickets oder das Anmieten von Ersatzparkplätzen u.a. angeboten werden.

Begründung:

Die Luft in München ist, wie in allen Ballungsräumen, durch Schadstoffe belastet und kann die EU Grenzwerte oft nicht einhalten. Aus diesem Grund ist es notwendig jede Möglichkeit zur Reduzierung der Luftschadstoffe zu nutzen. Dazu gehört auch das Vermeiden von Transportwegen, indem zur Zwischenlagerung von Straßenaushub z.B. vorübergehend auch Parkplätze oder Parkverbotszonen verwendet werden.

Angenommen

Abgelehnt

Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

Schutz dezentraler öffentlicher sowie konzerneigener, mittelständischer und privater regenerativer Energieerzeuger vor Preisdumping und Wettbewerbsverzerrung

Die Münchner SPD fordert die Abgeordneten der SPD im Deutschen Bundestag sowie im Bayerischen Landtag auf, darauf hinzuwirken, dass jedes deutsche und europäische Atomkraftwerk sowie alle Zwischenlager ausreichend – das heißt entsprechend den nach Fukushima erneut sichtbar gewordenen möglichen Schäden – versichert werden.

Begründung:

Die nicht ausreichende Haftpflichtversicherung der Atommeiler schafft deren Eigentümern eine wettbewerbsverzerrende und diskriminierende Macht bei der Strompreisgestaltung.

Bei einer gerechten und wettbewerbsorientierten Haftpflichtversicherung der Stromproduktion aus AKW müsste diese in den Preis für Atomstrom einfließen. Dies würde der wettbewerbsorientierten Sicherung und Förderung der regenerativen Stromproduktion auf öffentlichen und privaten Flächen dienen.

X Angenommen

O Abgelehnt

O Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Stadtratsfraktion

Enerwag

Die Münchner SPD bittet den Oberbürgermeister und die SPD-Stadtratsfraktion, Konzept und Businessplan der energiewerk Agentur für Klimaschutz (enerwag) wohlwollend und zeitnah zu prüfen, ggf. Verbesserungsvorschläge einzubringen und an der Umsetzung einer Agentur für Klimaschutz in der Planregion 14 aktiv mitzuwirken.

Begründung:

Die Agentur für Erneuerbare Energien stuft den Freistaat bei den Erneuerbaren nur auf Rang acht ein. In anderen zentralen Bereichen sind die bayerischen Erfolge auch nicht überwältigend. Bei den Infoangeboten rangiert Bayern auf Rang 13, bei Landes-Förderprogrammen auf Rang 14 und bei den Forschungsgeldern ist Bayern Schlusslicht. Ganze 412 Windräder drehen sich in Bayern. Im kleinen Rheinland-Pfalz allein sind es 1086.

München tut bereits viel und trägt den Titel Energiehauptstadt. Die SWM haben gar die ehrgeizigste Stadtwerke-Strategie aller Millionenstädte weltweit, nämlich bis 2015 alle Haushalte komplett regenerativ zu versorgen und bis 2025 auch die Unternehmen. Die SWM investieren vor allem in weit entfernte zentrale Großkraftwerke in Spanien und in der Nordsee. Entscheidend an der Energiewende sind aber Dezentralität und Regionalität. Dann bleibt die Wertschöpfung auch hier. Eine Zusammenarbeit Stadt-Land gibt es kaum. Dabei wäre sie nötig, um für die EE-Produktion auch stadtnahe Flächen nutzen zu können. Um da voran zu kommen, hat die Stiftung energiewerk ein Konzept für die Planregion 14 erstellt. Es sieht die Gründung einer Energieagentur vor, die einerseits Synergien zwischen Forschung, Bürgern, Exzellenzuniversitäten, Unternehmen und den kommunalen Verwaltungen schafft. Andererseits soll die Agentur aber den beteiligten Kommunen gehören und selbst EE-Anlagen bauen und betreiben. (Konzept siehe: www.energiwerk.org)

Eine Energieagentur für die Planungsregion könnte bei der Finanzierung gemeinsamer Entwicklungen wichtig werden, vor allem bei der Aktivierung von Effizienz-Potenzialen im Gebäudebestand und der Siedlungsplanung.

Ziele sind:

1. Ein CO₂-neutrales System aus Produktion und Verbrauch.
2. Die aktive Mitwirkung von Kommunen und bürgerschaftlichen Initiativen als verantwortliche Partner bei der Umsetzung einer Energiepolitik des 21. Jahrhunderts. Hierzu zählen vor allem der Einsatz modernster Effizienztechnologien im Gebäudebestand als auch bei der Städteplanung.
3. Das Auffangen der Erlöse aus dem Energieverkauf von EE-Anlagen in der Region statt des bisherigen Abflusses des Geldes aus der Region, und Nutzung der Erlöse zur Finanzierung regionaler Produktionsmodelle statt zur Finanzierung der Energieproduktion in fernen Gegenden. Auf diese Weise kann nachhaltige wirtschaftliche Ökologie entstehen, die auch langfristig nachhaltig bleibt.

Und genau diese drei Ziele unterstützt eine Agentur für Klimaschutz:

1. fungiert die Agentur als Netzwerk, das der Bürgerschaft, den Kommunen und heimischen Unternehmen zur Verfügung steht.
2. entwickelt sie gemeinsam mit allen regionalen Interessen lokale Energieprojekte, die vor Ort Zusatznutzen schaffen. Sie verwirklichen innerhalb der Region, wie ein Modell für Energieproduktion, -speicherung, -verteilung und -verbrauch effektiv funktionieren kann.
3. erschließt sie regionale Investitionen und konzipiert rentable regionale Energieprojekte, die dafür sorgen, dass die Gewinne in der Region bleiben.

Angenommen

Abgelehnt

Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Stadtratsfraktion

Die Münchner energiepolitische Wende forcieren

Die Münchner SPD fordert von der LH München und den Stadtwerken München im Zuge der energiepolitischen Wende folgende Maßnahmen fortzuführen:

1. Da sich der städtische Anteil am AKW Isar 2 nach dem Atomausstiegsbeschluss nicht mehr verkaufen lassen wird und ein Verschenken nach der bayerischen Gemeindeordnung nicht zulässig ist, werden die Einnahmen aus dem Atomstrom zweckgebunden zur Förderung regenerativer Energien verwendet.
2. Der Ausbau von Geothermien wird gefördert. Dabei sollte auch nach Partnerschaften mit den Umlandgemeinden gesucht werden.
3. Die LH München und die Umlandgemeinden bzw. der Regionale Planungsverband suchen gemeinsam nach Möglichkeiten, regenerative Energien zu fördern und in gemeinsamen Projekten umzusetzen.
4. Die LH München setzt, soweit laut Baugesetz möglich, beim Wohnungsbau und auch bei öffentlichen Bauten die Vorschriften des Bundes zur Energieeinsparverordnung durch und überprüft die Durchführung zwingend.

Begründung:

Die sich durch den Atomausstieg und den Umbau der Energiegewinnung ergebenden Möglichkeiten zum Umbau der Energieversorgung sollten nicht ungenutzt verstreichen. Es bietet sich die Möglichkeit, eine kleinteiligere kommunale Energieversorgung aufzubauen und damit ein Gegengewicht zu den großen Energieverbänden zu etablieren. Um die Nachbargemeinden mit ins Boot zu holen, bieten sich Kooperationen innerhalb des Regionalen Planungsverbandes an.

Der Gedanke der Energieeffizienz ist eine tragende Säule der künftigen Energieversorgung. Durch eine konsequente Aufsicht können beim Wohnungsbau und bei öffentlichen Bauten bzw. bei Sanierungen von Altbauten bereits während der Arbeiten positiver Einfluss auf den künftigen Energieverbrauch genommen und somit die Emission von CO₂ und die Energiekosten gemindert werden.

X Angenommen

O Abgelehnt

O Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Landtagsfraktion

Änderung der Wohnraumzweckentfremdungssatzung

Die SPD-Landtagsfraktion wird beauftragt, eine Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG) im Landtag durchzusetzen mit dem Ziel, dass der zu schaffende Ersatzwohnraum bei Zweckentfremdung von Wohnraum im gleichen Stadtteil geschaffen werden muss.

Begründung:

Besonders im Innenbereich der Großstädte verursacht jeder Quadratmeter verlorener Wohnraum ansteigende Mieten. Der Quartiercharakter nimmt Schaden, wenn der Ersatzwohnraum irgendwo in der Peripherie der Stadt geschaffen wird.

Angenommen

Abgelehnt

Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Stadtratsfraktion

Gleiche strukturelle Voraussetzungen für Frauen und Männer in allen Arbeitsbereichen – Kritische Selbstüberprüfung der Landeshauptstadt und ihrer Tochtergesellschaften entwickeln

Wir fordern die SPD-Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass in allen städtischen Dienststellen, Eigenbetrieben und Tochtergesellschaften eine ehrliche Überprüfung und Bewertung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Hinsicht auf Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern statt findet.

Dazu sind geeignete Konzepte zu entwickeln, die es ermöglichen, bestehende strukturelle Mängel bis in die untersten Organisationseinheiten zu erfassen. Über Ergebnisse und Fortschritte ist gegenüber der Öffentlichkeit regelmäßig (jährlich) zu berichten. Dazu gehört aber auch, in allen Bereichen konkrete infrastrukturelle Maßnahmen wie eine ausreichende Anzahl von Umkleieräumen und Sanitäranlagen zu gewährleisten.

Wenn Mängel, gleich welcher Art, festgestellt werden, sind diese schnellst möglich zu beheben und die Arbeitsstätten und betrieblichen Regelungen entsprechend umzuplanen oder baulich umzugestalten. Gleichstellungspolitik darf nicht nur auf dem Papier stattfinden, sondern muss sich in konkreten Maßnahmen wiederfinden lassen.

Begründung:

Dass sich die Landeshauptstadt München, insbesondere auch durch das Engagement der Münchner Sozialdemokratie, stark für Gleichstellung und gegen Gender-Diskriminierung einsetzt, wissen und begrüßen wir. In der Praxis bestehen jedoch Zweifel, ob wirklich bereits alle entsprechend notwendigen Maßnahmen umgesetzt wurden. Insbesondere in Berufen, die früher ausschließlich von Männern ausgeübt wurden - und heute meist noch männlich dominiert sind – ist fraglich, ob für Frauen die gleichen infrastrukturellen Voraussetzungen vorgehalten werden. Ausreichende Sanitäranlagen und Umkleieräumen in Arbeitsstätten können Indikatoren sein. Aber auch Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und deren tatsächliche Umsetzung in Fachbereichen sind hier entscheidend.

Es soll nicht am Willen der zuständigen AkteurInnen gezweifelt werden. Gleichstellung und -behandlung sind in München erklärter Wille aller öffentlichen Dienststellen und städtischen Unternehmen. Allerdings ist es fraglich, ob die Eigenvorgaben, das Grundgesetz und das AGG in allen städtischen (wie auch privatwirtschaftlichen) Bereichen ausreichend sensibilisiert behandelt und umgesetzt werden. Die SPD-geführte Landeshauptstadt muss hier ständig für ihre Vorreiterrolle kämpfen und sich auch regelmäßig auf Anspruch und Wirklichkeit überprüfen.

Das gezielte Ansprechen des jeweils weniger vertretenen Geschlechts bei der Ausbildungs- und Berufswahl alleine ist nicht ausreichend. Die entsprechend nötigen Infrastrukturen müssen im Vorfeld vorgehalten werden, um uneingeschränkt die gleichen Rechte und Möglichkeiten zu gewährleisten.

X Angenommen

Abgelehnt

Verwiesen an: _____

Adressat(en): Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag

Reduzierung des innerparteilichen Papierverbrauchs und Modifizierung des Antragsverfahrens

Für alle Drucksachen ist Umwelt-Papier zu verwenden, Ausnahmen sind nur bei expliziten Werbemitteln zu erwägen. Ferner ist generell doppelseitig zu drucken und im Zweifel sollte, auch bei Werbeprojekten, auf das Drucken verzichtet werden, wenn wirtschaftliche Alternativen, etwa im digitalen Bereich, vorhanden sind.

Konferenzen

Ab sofort sollen alle Antragsbücher doppelseitig gedruckt werden.

Es sollen mehrere Änderungsanträge auf ein Blatt gedruckt werden.

Bei Änderungsanträgen soll geprüft werden, ob sie bis zu einer gewissen Länge (150 Zeichen) nur projiziert und digital vorliegen und nicht mehr ausgedruckt werden.

Ebenso soll die Einrichtung einer digitalen Antragsplattform geprüft werden.

In Zukunft soll versucht werden, Antragsbücher auf Wunsch digital zu versenden und die Anträge bei Konferenzen zusätzlich zu projizieren.

Begründung:

Papier wird häufig unter für Mensch und Natur ausbeuterischen und zerstörerischen Bedingungen hergestellt, weshalb der Bedarf an neuem, gebleichtem Papier möglichst weit reduziert werden sollte. Hierfür gibt es vor allem zwei entscheidende

Ansatzpunkte:

Die Verwendung von Umwelt-Papier, insbesondere, da kaum noch Unterschiede zu normalem Papier bestehen, jedoch enorme Vorteile für die Natur erreicht werden, wie etwa deutlich reduzierte und unbedenklichere Abwassermengen, weniger Energieverbrauch und deutlich weniger Bedarf an Frisch-Zellulose, das heißt weniger Holzverbrauch.

Die generelle Reduzierung des Papierverbrauchs durch:

- den Einsatz von digitalen Medien
- optimierte Druckeinstellungen
- bewusste Entscheidungen, welche Dinge gedruckt werden müssen

Um diese Verhaltensweisen in der Gesellschaft zu propagieren, sollten beziehungsweise müssen wir vorbildlich handeln.

X Angenommen

O Abgelehnt

O Verwiesen an: _____

Adressat(en): SPD-Stadtratsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Unterbezirksvorstand

Erhalt von Wohnungen der Eisenbahnbaugenossenschaften

Wir fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, sich für den dauerhaften Erhalt von genossenschaftlichem Wohnraum, beispielsweise in München, einzusetzen, insbesondere den Erhalt von Wohnungen der Eisenbahnbaugenossenschaften. Ein Verkauf derselben an private Investoren ist mit allen Mitteln zu verhindern. Sollte die jeweilige Genossenschaft nicht selbst kaufen können, so ist der Erwerb durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, beim Bundesverkehrsministerium alle notwendigen Schritte einzufordern.

Begründung:

Bereits heute besteht im Raum München ein eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Normal- und Geringverdiener. In naher Zukunft wird sich dieses Problem drastisch verschärfen, da ein zunehmender Verlust von genossenschaftlichem Wohnraum droht.

Das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) beabsichtigt, alle bahneigenen Grundstücke, bei denen das Erbbaurecht abläuft, meistbietend zu veräußern. In München sind viele dieser Grundstücke mit Wohnhäusern der Eisenbahnbaugenossenschaften bebaut. Mit Ablauf des Erbbaurechts fallen die Grundstücke mitsamt den darauf stehenden Gebäuden zurück an das BEV.

Der Verkauf durch das BEV erfolgt auf Anordnung des Bundesfinanzministeriums an den Meistbietenden. Daher ist davon auszugehen, dass private, rein profitorientierte Investoren anstelle von Genossenschaften beim Kauf den Zuschlag erhalten.

Die Folgen wären eine zunehmende Gentrifizierung ganzer Stadtteile durch Mieterhöhungen, Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, sowie die Entmietung vieler zum Teil alteingesessener Bürger. In München würde bezahlbarer Wohnraum in sehr großem Umfang dauerhaft verloren gehen! Dies ist, auch vor dem Hintergrund eines prognostizierten weiteren Bevölkerungszuwachses im Raum München, nicht zu verantworten, und muss mit allen Mitteln verhindert werden!

X Angenommen

O Abgelehnt

O Verwiesen an: _____

Adressat(en): UB-Vorstand München

Informationsmaterial zur dritten Startbahn

Hiermit beantragt der OV Neuhausen die Versorgung der Münchner Ortsvereine mit umfassendem und detailliertem Informationsmaterial zum Bürgerbegehren zur 3. Startbahn und der damit im Zusammenhang stehenden jetzigen und künftigen Bauten innerhalb des Flughafens FJS.

Dieses Informationsmaterial muss jenseits der plakativen und einfachen Informationen auf der Pro-Startbahn-Website sein. Detailliert geht es um Informationen zu folgenden Fragen.

- Was ist der tatsächliche Finanzierungsbedarf unter Berücksichtigung aller in Zusammenhang stehenden notwendigen Bauvorhaben?
- Wie wird eine Erhöhung der Baukosten wie beim Bau des Terminals 2 verhindert?
- Wieso wird der erstmalige Gewinn der FMG nicht zur Haushaltskonsolidierung in den jeweiligen Haushalten der Anteilseigner (hier: Stadt München) verwendet und so dem Bürger vorenthalten? Warum muss der Münchener Haushalt sparen, greift aber nicht auf die Gewinne der FMG zurück?
- Wie hoch wird die Lärmbelästigung für den Münchener Bürger tatsächlich und wo ist das Maximum der Flugbewegungen angelegt?
- Werden die von der SPD aufgestellten Klimaschutzziele berücksichtigt und zu 100 % erfüllt?
- Was ist der letztendliche Vorteil einer dritten Startbahn für München?
- Wie löst sich der Widerspruch: Bayern SPD dagegen - München SPD dafür?
- Was sind die aktuellen Fluggastzahlen?

Begründung:

Als Ortsverein und SPD-Mitglieder sind wir vom LSK aufgefordert worden an speziellen Infotischen und in Gesprächen mit dem Bürger das Bürgerbegehren zu unterstützen. Zusätzlich ist damit zu rechnen, dass an den ab Ende April regelmäßig stattfindenden Infotischen der Bürger das Gespräch sucht und uns Fragen zum Bürgerbegehren stellt.

Zu unserem Bedauern sind wir vom UB mit keinerlei Informationsmaterial ausgestattet worden. Die etwas plakativen und einfachen Begründungen auf der Website Ja-zur-3.de reichen nicht aus um den Bürger zu informieren.

Angenommen

Abgelehnt

Verwiesen an: _____